

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses und Fortsetzung am 10.05.2022

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.05.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:07 Uhr
Fortsetzungssitzungstermin:	Dienstag, 10.05.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:10 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Kay Burmester CDU

Mitglieder

Johanna Bergstein	CDU	nur am 10.05.2022
Ulrich Kloevekorn	CDU	Vertretung am 03.05.2022 für Johanna Bergstein
Jörg Keller	CDU	
Wolfgang Dutsch	CDU	
Sophia Jacobs-Emeis	SPD	
Christian Freitag	SPD	
Manfred Eichhorn	SPD	
Willibald Ulbrich	Bündnis 90 / Die Grünen	
Petra Kärigel	Bündnis 90 / Die Grünen	Vertretung am 10.05.2022 für Rainer Hagendorf
Rainer Hagendorf	Bündnis 90 / Die Grünen	nur am 03.05.2022
Klaus Koschnitzke	FDP	
Martin Schumacher	FDP	nur am 03.05.2022
Stephan Koch	FDP	Vertretung am 10.05.2022 für Martin Schumacher
Angela Drewes	WSI	
Bastian Sue	DIE LINKE	
Olaf Wuttke	Fraktionslos	
<u>Umweltbeirat</u>		
Bianka Sievers	Umweltbeirat	
<u>Jugendbeirat</u>		
Finn Justus Bödding	Jugendbeirat	
Jan Brügmann	Jugendbeirat	
<u>Seniorenbeirat</u>		
Gabriele Winter	Seniorenbeirat	nur am 10.05.2022
Helga Nikodem	Seniorenbeirat	Vertretung am 03.05.2022 für Gabriele Winter

Verwaltung

Gernot Kaser	Bürgermeister	nur am 03.05.2022
Gisela Sinz	Fachbereichsleitung	
Karl-Heinz Grass	Fachdienstleitung	
Anneka Warsitz	Fachdienstleitung	
Katrin Matthies	Protokollführung	
Angela Gärke	Justizariat	nur am 03.05.2022
Joanna Zöllner	Justizariat	nur am 03.05.2022
Annette Boettcher	Fachdienst 2-60	nur am 03.05.2022
Manuel Baehr	Fachdienstleitung	nur am 03.05.2022
Kerstin Dietrich	Beauftragte für Menschen mit Behinderung	nur am 03.05.2022

Gäste am 03.05.2022:

Zu TOP 7:	Herr Rehder	Bauherrinvertreter
	Herr Willms	Architekturbüro
Zu TOP 8:	Herr Zebedies	Ingenieur
Zu TOP 10:	Frau Thiecke	Bauherrinvertreterin
	Herr Behrend	Architekturbüro
Zu TOP 11:	Herr Hein	Bauherr
	Frau Möller	Planungsbüro

Justizariat

14 Einwohner*innen, 1 Ratsfrau

1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Keine Gäste am 10.05.2022

03.05.2022

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Er weist auf die vorsorgliche Ladung zu einem Fortsetzungstermin am 10.05.2022 hin und verpflichtet per Handschlag die bürgerlichen Mitglieder gemäß § 46 Abs. 6 der Gemeindeordnung (Herr Freitag, Herr Koschnitzke, Herr Kloeveborn und Herr Dutsch).

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor, die Fraktion Die Linke kündigt einen Änderungsantrag zu TOP 12 an.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 15 bis 18.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen



-
- | | | |
|--------|---|---------------|
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2022 | |
| 4 | Mobilität | |
| 4.1 | Widerspruch gegen den Beschluss zur Vorlage „Inhaltliche Ausrichtung des Mobilitätskonzepts“ (BV/2021/135) unter dem TOP 4.2 der Sitzung vom 15.3.2022 des Planungsausschusses; hier: Aufhebung des Beschlusses | BV/2022/043 |
| 4.2 | Antrag der WSI-Fraktion zum Mobilitätskonzept | ANT/2022/003 |
| 4.3 | Antrag des Seniorenbeirats zum Mobilitätskonzept | ANT/2022/004 |
| 4.4 | Mobilitätskonzept Wedel
hier: Inhaltliche Ausrichtung des Mobilitätskonzeptes | BV/2021/135 |
| 5 | Rückmeldungen aus den Fraktionen | |
| 5.1 | Wohnungsbauprojekt Schulauer Straße 9 | |
| 5.2 | Mehrgenerationenquartier Ansgariusweg | |
| 6 | Ausbau der Straße Tinsdaler Weg - Vorplanung - Festlegung von möglichen Ausbauvarianten | BV/2021/137-2 |
| 7 | Präsentation geplantes Wohngebiet Marschquartier Blöcktwiete | |
| 8 | Bebauungsplan Nr. 76 „Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand“, Teilbereich 2 zwischen Schulauer Straße und Gorch-Fock-Platz; hier: Vorstellung der Entwurfsplanung zur Rad-/Fußwegeverbindung durch das Ingenieurbüro | |
| 9 | Haushaltskonsolidierung - Sport trifft Kultur
Neues Zentrum für Sport und Kultur an der Rudolf-Breitscheid-Straße (und Prüfung weiterer geeigneter Standorte) | BV/2022/035 |
| 10 | Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer / Änderung von vertraglichen Bauverpflichtungen | BV/2022/025 |
| 11 | Einvernehmen nach dem BauGB
hier: Rövkampweg 7, Temporäre Erweiterung einer Zwischenlagerfläche | BV/2022/038 |
| 12 | Antrag von Olaf Wuttke; hier: Arbeitsgruppe Wedel Nord | ANT/2022/009 |
| 13 | Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel" | |
| 13.1 | Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung | |
| 14 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 14.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 14.2 | Anfragen der Politik | |
| 14.2.1 | Anfrage von Olaf Wuttke; hier: Bodenversiegelung | ANF/2022/007 |
| 14.2.2 | Sonstige Anfragen | |
| 14.3 | Sonstiges | |
-

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|------|--|-------------|
| 15 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2022 | |
| 16 | Städtebauliche Sanierungsmaßnahme der Stadt Wedel
hier: Erklärung über den Abschluss der Sanierung für ein Grundstück | BV/2022/029 |
| 17 | Mitteilung über bedeutsame Vorhaben | MV/2022/013 |
| 18 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 18.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 18.2 | Anfragen der Politik | |
| 18.3 | Sonstiges | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 19 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine offenen vorangegangenen Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Ein junger Einwohner aus der potenziellen zukünftigen Zielgruppe lobt grundsätzlich den angedachten Spielplatz im Mehrgenerationenquartier Ansgariusweg. Er bittet jedoch den Standort direkt neben der Hauptstraße zu überdenken und zusätzlich gegebenenfalls einen zweiten Spielplatz einzuplanen. Der Vorsitzende kündigt die Rückmeldungen der Fraktionen unter TOP 5.2 an.

Ein Bürger erinnert an seine in der Ratssitzung im Februar gestellten Fragen. Herr Schumacher erläutert, dass die Antworten des Bürgermeisters als Anlage zur Ratssitzung im März vorlagen. Herr Volk insistiert, dass dies nicht zwingend die Meinung des Rates und des Planungsausschusses sein müsste.

Aus Sicht der FDP-Fraktion lag die Zuständigkeit für die Beantwortung bei der Verwaltung, die diese Aufgabe auch erledigt habe. Die Fraktion Die Linke wird die Antworten prüfen. Der Vorsitzende verweist darauf, dass die Fraktionen die Antworten prüfen können. Eine erneute grundsätzliche Beratung im Planungsausschuss ist jedoch nicht vorgesehen.

Eine Bürgerin bittet um Informationen, wie die neue Planung der Fuß- und Radweg-Trasse im Bebauungsplan 76 mit der alten Planung für die Südumfahrung korrespondiert und wie der zeitliche Rahmen für die Umsetzung ist.

Herr Grass erläutert, dass in der heutigen Sitzung die Planung für den 2. Abschnitt vorgestellt wird. Erst im Anschluss wird das Bebauungsplanverfahren für diesen Abschnitt begonnen. Die Fuß- und Radwegeverbindung ist in Abschnitten in Planung, die Umsetzung ist jedoch auch von den vorhandenen Eigentumsverhältnissen abhängig. Überwiegend ist die überplante Fläche kein Bauland, sondern freie Landschaftsflächen. Er bietet ein Informationsgespräch mit der Verwaltung zur Erläuterung des Verfahrens an.

Herr Schumacher ergänzt, dass die Planung der Wegeverbindung im Bebauungsplan 76 nicht mit der ursprünglichen Planung der Verlegung der Bundesstraße zusammenhängt, sondern lediglich teilweise im 1. Abschnitt auf der entsprechenden Trasse verlaufe. Die Politik habe darüber hinaus beschlossen, auch den Bebauungsplan 67 (Anschlussverbindung nach Holm) vorzubereiten, der insbesondere im Zusammenhang mit dem Neubaugebiet Wedel Nord und der potenziellen vierten Grundschule wichtig werde.

Ein Bürger erinnert an die öffentliche Veranstaltung zu Wedel Nord vor einem halben Jahr. Zu den dort zahlreich gestellten Fragen wurden Antworten versprochen, diese lägen bisher der Öffentlichkeit nicht vor. Bevor Wedel Nord komme, müssten Schul-, Sport- und Verkehrsprobleme gelöst werden.

Die WSI-Fraktion unterstützt diese Kritik und mahne selbst in politischen Sitzungen die Lösung dieser Probleme an.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass auf der entsprechenden Homepage (www.wedel-nord.de) die Dokumentation der Veranstaltung mit allen Fragen und Antworten seit Anfang November 2021 hinterlegt ist.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen macht den Vorschlag, Fragen schriftlich an die Verwaltung zu richten. Nach einer ablehnenden Reaktion des Bürgers weist der Vorsitzende auf den zeitlichen Rahmen der Einwohnerfragestunde von maximal 30 Minuten hin, die heute bereits in Anspruch genommen wurden. Eine Bürgerin möchte dennoch, auch wenn heute nicht alle Fragen beantwortet werden können, auf die schlechte Verkehrssituation in Wedel hinweisen. Es sei bereits zu viel Zeit verschwendet worden, durch immer mehr Au-

tos auf den Straßen seien Fahrradfahrer, Kinder und Senioren im Straßenverkehr nicht mehr sicher. Aus ihrer Sicht wäre zu prüfen, ob sich durch den Bau von Parkhäusern zumindest der ruhende Verkehr verringern lasse. Auch solle über die übliche Verkehrsberuhigung nachgedacht werden, da die andauernde Geschwindigkeitsverringerung und das anschließende Anfahren bestimmt nicht umweltfreundlich seien.

Der Vorsitzende kündigt an, die Überlegung zu Parkhäusern mit in die CDU-Fraktion zu nehmen.

Die FDP-Fraktion erinnert daran, dass die Politik einen umfassenden Prozess mit einem Mobilitätskonzept als Ziel eingeleitet hat. Nach vielen öffentlichen Veranstaltungen und Bürgerworkshops wird in absehbarer Zeit das Konzept beschlossen und anschließend in konkreten Maßnahmen umgesetzt. Die Fraktion Die Linke verweist auf den Antrag des Seniorenbeirates zum Mobilitätskonzept.

2 Anhörung der Beiräte

Frau Nikodem stellt sich als Vertreterin für den Seniorenbeirat vor.

Der Umweltbeirat erinnert an die Informationsveranstaltung am 04.05.2022 um 18 Uhr zum Thema „Regionaler Klimawandel, Risiken und Chancen“.

Der Jugendbeirat hat einen Podcast gemacht, dieser ist auf dem Youtube-Kanal der Stadt Wedel abrufbar.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2022

Herr Wuttke hat folgenden Änderungswunsch eingereicht:

Auf S. 20, TOP 13.2 (Anfragen der Politik), erster Absatz, letzter Satz zwischen "... dass der Planungsausschuss" und "nicht über den Prozess und das Urteil informiert wurde." soll eingefügt werden: "seit mehr als einem dreiviertel Jahr".

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird mit einer Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	2
CDU-Fraktion	3	0	1
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	1
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0



4 Mobilität

4.1 Widerspruch gegen den Beschluss zur Vorlage „Inhaltliche Ausrichtung des Mobilitätskonzepts“ (BV/2021/135) unter dem TOP 4.2 der Sitzung vom 15.3.2022 des Planungsausschusses; hier: Aufhebung des Beschlusses

BV/2022/043

Der Vorsitzende erläutert die Entstehung des Widerspruchs des Bürgermeisters gegen den Beschluss des Planungsausschusses vom 15.03.2022. Daher werden nach der Aufhebung des Beschlusses zunächst die Änderungsanträge der WSI-Fraktion und des Seniorenbeirates beraten, bevor der Beschluss über die Handlungsbausteine des Mobilitätskonzeptes beraten wird. Dazu müssen die Änderungsanträge präzise formuliert sein, um in den Beschluss eingebracht zu werden.

Er verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Planungsausschuss hebt den unter TOP 4.2 der Sitzung vom 15.03.2022 gefassten Beschluss „Der Planungsausschuss beschließt die inhaltliche Ausrichtung des Mobilitätskonzeptes auf der Grundlage von 15 Handlungsbausteinen (s. Anlage 2 Seite 4).“ auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	13	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

4.2 Antrag der WSI-Fraktion zum Mobilitätskonzept

ANT/2022/003

Frau Drewes bringt den Änderungsantrag der WSI-Fraktion ein. Der Antrag wurde gestellt, weil bei der Durchsicht der Handlungsbausteine zu befürchten sei, dass die Ziele verwässert würden. In den Mobilitätswerkstätten habe es keine Denkverbote gegeben, beispielsweise werde beim ersten Baustein jedoch davon ausgegangen, dass das Vorbehaltsnetz und die B431 unangetastet bleiben müssten. Wichtig sei auch, dass ein Wegeplan und eine Übersicht über die Planung den Bürger*innen vorgelegt werde um abzugleichen, ob dies nun das gewünschte Ergebnis sei.

Die SPD-Fraktion merkt an, dass -unabhängig davon, ob der Antrag als gut oder schlecht beurteilt werde - an den einzelnen Punkten konkret benannt werden muss, was in welcher Form eingearbeitet werden soll.

Die FDP-Fraktion bedauert, dass durch den Geschäftsordnungsantrag der letzten Sitzung der Antrag der WSI-Fraktion zu Unrecht nicht beraten wurde, insofern sei der Einwand des Bürgermeisters berechtigt. Es bestehe jedoch die Schwierigkeit, dass der Antrag formal als Änderungsantrag eingebracht sei und auch wenn die Anmerkungen im Antrag inhaltlich richtig seien, würden keine Änderungen am Beschlussvorschlag konkret benannt. Daher sei es sinnvoller, die Anregungen in die AG Mobilität einzubringen, da der Planungsausschuss sich zu diesem Zeitpunkt nicht mit den einzelnen Handlungsfeldern befassen wolle und könne.

Der Vorsitzende erläutert, dass dies dem Gedanken der Öffentlichkeit nicht widerspräche, da in der AG Mobilität lediglich die vorbereitenden Überlegungen für die Beratung und Beschlussfassung im Planungsausschusses erfolgen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stimmen den Punkten im Antrag der WSI grundsätzlich zu, finden jedoch den Vorschlag der Beratung der Anregungen in der AG Mobilität sinnvoll. Es sei noch hinzuzufügen, dass Einzelmaßnahmen sicherlich mit den Anwohnenden besprochen werden müssten und eine Vorstellung des Gesamtplans in der Öffentlichkeit erfolgen sollte, jedoch wäre es kontraproduktiv, jede Maßnahme nochmals im breiten Forum zu diskutieren.

Aus Sicht der Fraktion Die Linke ist der Antrag der WSI-Fraktion ein konkreter und abstimmbarer Antrag für die Richtung des Mobilitätskonzeptes.

Die SPD-Fraktion bittet die WSI darum, dem Vorschlag der FDP zu folgen.

Diese bedauert, dass keine Mehrheit für eine Abstimmung des Antrags vorhanden zu sein scheine. Falls sich herausstellen sollte, dass die Anträge in der AG Mobilität inhaltlich keine Zustimmung finden, wird die WSI-Fraktion die Öffentlichkeit entsprechend informieren. Frau Gärke verweist darauf, dass die WSI-Fraktion mit der weiteren Beratung in der AG Mobilität einverstanden sein müsse, andernfalls müsste der Planungsausschuss über den Antrag abstimmen.

Herr Wuttke erläutert, dass er bei dem Antrag das Problem sehe, dass grobe Tendenzvorschläge genannt werden, aber keine konkreten Änderungen an den 15 Punkten. Z. B. werde auch zu den genannten Punkten wie der B431 oder dem Vorbehaltsnetz kein Vorschlag gemacht, diese zu streichen.

Frau Drewes stellt klar, dass sie von der Überprüfung und nicht der Streichung des Vorbehaltsnetzes gesprochen hat und erklärt für die WSI-Fraktion das Einverständnis, dass der Antrag in der AG Mobilität beraten wird.

4.3 Antrag des Seniorenbeirats zum Mobilitätskonzept

ANT/2022/004

Frau Nikodem verliest den Antrag des Seniorenbeirates. Insbesondere der Punkt Aufenthaltsqualität und die weitere Mitberatung bei der Ausarbeitung der einzelnen Punkte sei dem Seniorenbeirat wichtig.

Die SPD-Fraktion kann den konkreten Änderungswünschen grundsätzlich folgen, sieht jedoch auch hier die Beratungszuständigkeit zuerst in der AG Mobilität.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sieht viele Überschneidungspunkte, aber auch Differenzierungsbedarf in einzelnen Punkten, wie z.B. der gewünschten Mindestfußwegbreite. Wünschenswert wäre die Aufnahme der Punkte in die Beratung der einzelnen Bausteine in der AG Mobilität.

Die Fraktion Die Linke dankt dem Seniorenbeirat für die umfangreiche und aus ihrer Sicht abstimmungsreife Vorlage und insbesondere dafür, dass nicht nur Probleme aufgezeigt, sondern auch Lösungsansätze benannt worden seien.

Die WSI-Fraktion teilt die Einschätzung zur möglichen Abstimmung und unterstützt den Seniorenbeirat. Die Entscheidung über die Rücknahme des Antrags und der Verlagerung in die AG Mobilität liege jedoch beim Beirat.

Der Seniorenbeirat bekräftigt, dass aus seiner Sicht auf Gehwegen von geringerer Breite als 2,50 m aus Sicherheitsgründen kein Radverkehr sein dürfte und fragt an, ob die Vorschläge in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden könnten, um diese anschließend in der AG Mobilität beraten zu können.

Frau Gärke erläutert, dass der Antrag in Gänze freiwillig in die AG Mobilität gegeben werden könne. Alternativ böte sich an, den Antrag zu trennen und die Aufnahme eines 16 Handlungsfeldes abzustimmen und die konkreten Ergänzungen zu den Bausteinen in der AG Mobilität im Zuge der Ausarbeitung zu beraten.

Die SPD-Fraktion macht den Vorschlag, den Beschlussvorschlag zu ergänzen um „unter Berücksichtigung der Anträge der WSI-Fraktion und des Seniorenbeirates“.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Änderungen und Anregungen dann in den einzelnen Punkten eingefügt und abgestimmt werden müssten. Aus seiner Sicht gäbe es überwiegend positive Rückmeldungen zu den Anregungen des Seniorenbeirates, daher wäre die Beratung in der AG wünschenswert.

Frau Sinz erläutert, dass die bisherige Vorlage lediglich grundsätzliche Themenfelder aufgreift, es habe noch keine Detailausarbeitung und Priorisierung stattgefunden. In der Vertiefung müssen dann Punkte wie Aufenthaltsqualität, Beleuchtung, etc. berücksichtigt werden. Dabei können man entscheiden, ob der Punkt Aufenthaltsqualität ein eigenes Handlungsfeld werden müsse, aus Sicht der Verwaltung sei dies in den Themen wie ÖPNV, Fußwege, etc. enthalten. Unterstützt werde der Vorschlag der WSI-Fraktion, eine Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit zu machen, wenn das Gesamtkonzept ausgearbeitet sei.

Den Vorschlag der Fraktion Die Linke, den Antrag des Seniorenbeirates als eine Art feste Anmerkung zum Mobilitätskonzept zu nehmen sieht Frau Sinz eher kritisch, da bei einzelnen Vorschlägen auch die Bestandsituation geprüft und berücksichtigt werden müsse. Die SPD-Fraktion spricht sich dagegen aus, die Details zum jetzigen Zeitpunkt im Planungsausschuss zu diskutieren. Die Vorschläge würden nicht grundsätzlich abgelehnt, seien jedoch in der AG Mobilität besser aufgehoben.

Der Seniorenbeirat bleibt bei dem Standpunkt, dass die Aufenthaltsqualität bisher zu wenig Berücksichtigung finde. Einer Verweisung an die AG Mobilität werde zugestimmt, wenn in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden, dass die Anregungen des Seniorenbeirates Berücksichtigung finden.

Die FDP-Fraktion bittet um Auskunft, ob es Gründe gegen die Aufnahme der „Berücksichtigung der Anträge des Seniorenbeirates und der WSI-Fraktion“ in den Beschlussvorschlag gebe.

Der Vorsitzende äußert die Sorge, dass daraus der Eindruck entstehen könnte, dass alle Punkte unabhängig vom Ergebnis der Beratungen berücksichtigt werden müssten.

Herr Grass weist darauf hin, dass der Seniorenbeirat in der AG beteiligt ist und seine Punkte dort bei der Ausarbeitung der einzelnen Bausteine einbringen kann.

Frau Gärke unterstützt die Sichtweise des Vorsitzenden und der Verwaltung. „Unter Berücksichtigung“ könne unterschiedlich aufgefasst werden, entweder als „muss aufgenommen werden“ oder „wird besprochen“. Auf Grund der der vielstimmig geäußerten Wertschätzung des Ausschusses würde sie dem Seniorenbeirat die Rücknahme des Antrages und die Verweisung in die ausführlichen Beratungen der AG Mobilität empfehlen.

Frau Nikodem dankt für diese Empfehlung. Der Antrag wird zurückgenommen und an die AG Mobilität verwiesen.

4.4 Mobilitätskonzept Wedel

BV/2021/135

hier: Inhaltliche Ausrichtung des Mobilitätskonzeptes

Herr Burmester verliest den Beschlussvorschlag, eine Aussprache wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt die inhaltliche Ausrichtung des Mobilitätskonzeptes auf der Grundlage von 15 Handlungsbausteinen (s. Anlage 2 Seite 4).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	13	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

5 Rückmeldungen aus den Fraktionen

5.1 Wohnungsbauprojekt Schulauer Straße 9

SPD-Fraktion: Bezüglich des Gebäudes seien die Geschmäcker verschieden. Der durchgehende Fußweg wird begrüßt, allerdings fehle angesichts der Größe des geplanten Gebäudes sozialer Wohnraum.

FDP-Fraktion: Der Neubau werde begrüßt, insbesondere die für Wedel besondere Holzbauweise. Da kein Bebauungsplanverfahren notwendig sei, greife der Grundsatzbeschluss des Rates zur Schaffung von sozialem Wohnraum nicht.

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Auch, wenn der vorgestellte Entwurf eine frühe Skizze sei, die mit dem hohen Anteil der Glasfassade aus energetischen Gründen nicht in dieser Form realisiert werde, wird die Planung positiv aufgenommen. Es wird angeregt, die Parkmöglichkeiten für Besucher und Anlieferungen zu überarbeiten. Offen sei auch die Frage der Berücksichtigung von Photovoltaik.

WSI-Fraktion: Vor allem auf Grund der Holzbauweise wird die Planung positiv bewertet. Es wären Gründächer und Photovoltaik wünschenswert.

Fraktion die Linke: Auch wenn das mutige Gebäude und das ansehnliche Konzept begrüßt werden, hat die Fraktion den Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum. Die Durchsetzung erscheint hier jedoch unrealistisch.

CDU-Fraktion: Die vorgestellte Planung ist ein städtebaulicher Gewinn, die Fraktion wird zustimmen.

Im Anschluss an die Rückmeldungen bestätigt der Architekt, Herr Behrend, dass der dargestellte Umfang der Glasfassade so nicht realisiert werden wird. Nach der Vorstellung im Planungsausschuss wurde das Gebäude in der Planung aus dem Gelände etwas verrückt, so konnten Besucherparkplätze geschaffen werden. Insgesamt wird es zusätzlich zum Gründach viel grüne Fläche geben. Das Haus wird über eine Wärmepumpe mit Solarunterstützung geheizt werden. Insgesamt wird es ein kostspieliges, aber architektonisch wertvolles Bauvorhaben.

5.2 Mehrgenerationenquartier Ansgariusweg

SPD-Fraktion: Die Planung habe der SPD gut gefallen, gerade auch der durchgehende Radweg sei wünschenswert. Es sollten auch im Süden des Grundstücks ausreichend Parkmöglichkeiten vorgesehen werden. Vielleicht könnte der Investor den jungen Bürger aus der Einwohnerfragestunde zum Gespräch einladen.

FDP-Fraktion: Die Planung für dieses schwierige Grundstück sei gut gelungen. Hinsichtlich der Anregung in der Einwohnerfragestunde wird der Investor gebeten, über die Verlegung des Kinderspielplatzes nachzudenken. Bezüglich der bei der Vorstellung angekündigten Schwierigkeiten, die geforderten 30% geförderten Wohnraums umzusetzen wird gebeten zu prüfen, ob dies durch zusätzliche Eigentumswohnungen kompensier- und umsetzbar sei.

Fraktion Die Linke: Die Planung sei optisch ansprechend, die Anregung bezüglich des Spielplatzes sollte aufgenommen werden. Es sei nicht vorstellbar, dass ein Anteil von 30% geförderten Wohnraums nicht finanzierbar sei, in anderen Städten wäre mehr machbar. Daher kann in dem Fall die Fraktion nicht zustimmen. Bezüglich des Spielplatzes wird angefragt, ob es sich einen öffentlichen Spielplatz oder ausschließlich zur Nutzung für die Anwohnenden handeln soll.

WSI-Fraktion: Die Architektur sei beeindruckend, aber die geforderten 30% geförderter Wohnraum müssten eingehalten werden. Selbst dann würden 70% Wohnungen gebaut, die nicht wirklich gebraucht würden, bereits jetzt gäbe es die Verkehrsproblematik. Bezüglich der Ein- und Ausfahrten zum Gelände sollte frühzeitig ein Verkehrskonzept entwickelt werden. Unklar sei noch der energetische Standard, nach dem die Gebäude erstellt werden sollen.

Jugendbeirat: Die Radwegverbindung wird begrüßt. Es wäre zu wünschen, dass der Titel „Mehrgenerationen“ mit mehr Leben gefüllt werden könne und sich nicht nur auf verschiedene Grundrisse und Fahrstühle beschränke, sondern auch Wohngruppen oder betreutes Wohnen eingeplant werden.

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Die Planung wird positiv beurteilt, wenn die geforderten 30% geförderter Wohnraum realisiert werden. Fragen ergeben sich jedoch noch zu dem vorgesehenen Radweg, z.B. Breite hinsichtlich Rad- und Fußverkehrsbegegnungen, Widmung für die Stadt Wedel, etc. Es wird zusätzlich um Informationen zum geplanten Einsatz von Photovoltaik gebeten.

Seniorenbeirat: Der Seniorenbeirat möchte wissen, ob mit dem Begriff „Mehrgenerationenquartier“ auch besondere Angebote oder Hilfestellungen verbunden sind.

CDU-Fraktion: Der Entwurf habe eine hohe städtebauliche Qualität und werte den Eingangsbereich von Wedel auf. Die Verkehrsführung sei über den Knotenpunkt Lüländen gut gelöst und die Verbindung der Radwege hervorragend.

Herr Kaser merkt an, dass geplant sei den Businesspark zu füllen und es mehr Menschen in Wedel geben wird, die Wohnraum benötigen. Ein Mehrgenerationenhaus sei eine gute Sache, benötige jedoch ein durchdachtes Konzept.

Herr Rehder erläutert, dass kein „Mehrgenerationenhaus“ oder „Mehrgenerationenprojekt“ geplant ist. Der Begriff Mehrgenerationenquartier verdeutliche lediglich, dass es eine Vielzahl an Wohnungsgrößen und -zuschnitten geben wird, was der Erfahrung nach die Zielgruppe breit fächert in Alleinstehende, Ältere und Familien. Daher entstehe an dieser Stelle vermutlich automatisch ein Mehrgenerationenquartier. Der derzeit geplante Standard sei KfW55. Bereits in der vorhergehenden Ausschusssitzung wurde erläutert, wie schwierig die Finanzierung derzeit generell und besonders bei sozialem Wohnraum sei. Die Fördermaßnahmen sind aktuell komplett entfallen, daher fehlen Zuschüsse und günstige Kredite, zusätzlich steigen die Bauzinsen. Ob es möglich sein wird, 25 oder 30 % der Wohneinheiten als sozialen Wohnraum zu erstellen oder doch 30 % der Wohnfläche erreicht werden können, könne noch nicht beziffert werden. Sollte eine konkrete Aussage hierzu nötig sein, könne das Projekt derzeit nicht begonnen werden. Sobald eine (erwartete) neue Förderung feststeht, könnten Details beraten werden. In diesem Zusammenhang weist Herr Rehder darauf hin, dass seine Wohnungsbaugesellschaft in den vergangenen Jahren mit Abstand am meisten sozialen Wohnraum in Wedel geschaffen habe.

Der Spielplatz sei an einer sehr guten und flächenmäßig großzügigen Lage geplant, da er über einen Lärmschutz verfügen werde, aus Sicherheitsgründen ohne direkten Zugang zur B431 geplant sei und durch den hauptsächlich wehenden Westwind keine Abgase zum Gelände getragen werden. Eine grundsätzliche Ausweisung als öffentlicher Spielplatz sei nicht geplant, aber der Zugang sei über das Gelände frei. Die Anregung des jungen Fragestellers zu Beginn der Sitzung nach einem 2. Spielplatz wird gerne aufgegriffen, da es viel Freiflächen zwischen den Gebäuden geben wird.

Herr Willms ergänzt, dass bei der vorliegenden ersten Verkehrsplanung das vorrangige Ziel war, fließenden Kfz-Verkehr aus dem Quartier herauszuhalten. Im Zuge der weiteren Planung wird es Fachplaner geben, die dann die notwendigen Breiten für Begegnungsverkehr von Fußgängern und Radfahrern berücksichtigen. Auch die Zu- und Abflüsse zum Gelände

werden in dem zu erstellenden Verkehrskonzept berücksichtigt werden.

Herr Grass erläutert, dass in den Vorgesprächen intensiv über die Anbindung des Geländes beraten wurde. Die Kreuzung zum Lüländen wird ein Vollknoten werden müssen. Die Planung übernimmt ein Ingenieurbüro, das in enger Abstimmung mit der Stadt und dem Landesbetrieb Verkehr agiert, aber vom Investor finanziert wird. Auch die Aufstellfläche vor der Tiefgarage wird Berücksichtigung finden. Der geplante Fuß- und Radweg wird mindestens 4 Meter breit werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen äußert die Ansicht, dass es eine bauliche Trennung zwischen Fuß- und Radweg stattfinden sollte. Es wird zu bedenken gegeben, dass das Gelände recht abschüssig Richtung Marsch ist und vermutlich hohe Geschwindigkeiten gefahren werden. Für eine Nutzung in beide Richtungen müsste der Radweg allein mindestens 3,50 Meter breit sein.

Herr Rehder weist darauf hin, dass sich die Planung auch an den Begebenheiten ausrichten müsse. Es ist ein kombinierter Fuß- und Radweg geplant, der Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer voraussetzt.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass es heute lediglich um die Rückmeldungen zur Präsentation geht und noch kein Bebauungsplanverfahren begonnen wurde.

**6 Ausbau der Straße Tinsdaler Weg - Vorplanung - Festlegung
 von möglichen Ausbauvarianten**

BV/2021/137-2

Herr Burmester ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die Schwierigkeit der Beschlussvorlage. Bei einer Stärkung des Radverkehrs im betroffenen Bereich wird es Schwierigkeiten auf Grund der wegfallenden Parkmöglichkeiten für Anwohnende geben. Bei einer Berücksichtigung der Parkflächen kann der Radverkehr weniger gestärkt werden.

Frau Boettcher stellt die Varianten e1 - e3 zur „Einbahnstraßenlösung“ vor. Diese wurden bisher nur für den Abschnitt von der Bahnhofstraße bis zum Galgenberg geprüft, da dort - wie in der vorangegangenen Sitzung erläutert - der vorhandene Straßenraum räumlich die Möglichkeiten stark einschränkt. Frau Sinz ergänzt, dass auch die Einbahnstraßenvariante den Interessenkonflikt zwischen den Radfahrenden und dem ruhenden Verkehr nicht löst. Im Anschluss fragt Herr Burmester die Präferenzen der Fraktionen für die Lösungsmöglichkeiten ab.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hält Schutzstreifen für Radfahrer nicht für die erste Wahl. Für den Bereich A sollte das Verkehrsbüro Argus um Lösungsvorschläge gebeten werden, ansonsten wäre am ehesten die Variante e2 favorisiert. Für den Bereich B wäre es die Variante a.

Die Fraktion Die Linke möchte eine Lösung mit richtigen Radwegen und ohne Schutzstreifen. Die Einbahnstraße wäre eine praktikable Lösung. Zur angemerkten schlechteren Erreichbarkeit der Schule müsse erstmal geprüft werden, wie viele Schüler*innen mit dem Auto zur Schule kommen.

Für die WSI-Fraktion haben die sicheren Radwege Vorrang, Hochbordradwege seien sicherer und würden besser angenommen als Schutzstreifen. Daher wird für den Bereich A die Variante e2 bevorzugt, für den Bereich B die Variante a.

Herr Wuttke bekräftigt seinen früheren Einwand, dass gerade, durchgängige Einbahnstraßen zum schnelleren Fahren verleiten. Damit könnte zum Beispiel in der Feldstraße ein neues Problem geschaffen werden, es würde das Gegenteil von Entschleunigung erreicht. Der Jugendbeirat unterstützt den Wunsch der Politik nach Hochbordradwegen. Gerade im Umfeld der Schule sind viele Schüler*innen mit teilweise wenig Verkehrserfahrung unterwegs. Daher wird die Variante e2 (Bereich A) und die Variante a (Bereich B) vorgeschlagen. Die SPD stimmt für die Variante e2 im Bereich A und die Variante a im Bereich B. Alle weiteren Entscheidungen müsse der UBF treffen.

Die FDP-Fraktion wird dem Teil des Beschlusses für den Planungsausschuss zustimmen, eine Festlegung auf bestimmte Varianten sei darin nicht gefordert.

Die CDU-Fraktion ist im Bereich A für eine Lösung mit sicherem Rad- und Fußverkehr. Wün-



schenswert wäre es, den Straßenraum zu begrünen und einige Stellplätze zu erhalten. Vorgeschlagen wird daher die Variante e3, verbunden mit der Fragestellung, ob die Fahrrad-schutzstreifen anstelle von Hochbordradwegen als eigenständige Fahrradwege hergestellt werden könnten. Möglich wäre auch, die Einbahnstraßenregelung für Kfz- und Radverkehr einzurichten.

Der Seniorenbeirat hat sich auf keine Variante festgelegt, plädiert aber für einen ausreichend breiten Gehweg und eigenständige Radwege, da Schutzstreifen für ältere Radfahrer*innen und dreirädrige Verkehrsteilnehmer*innen zu unsicher seien.

Herr Burmester verliest den Beschlussvorschlag Teil I.

Beschluss:

I)

Der **Planungsausschuss** beschließt, mit Verweis auf die Handlungsbausteine „Ausbau Radverkehrsnetz“ und „Perspektive Kfz-Verkehrsnetz“ des Mobilitätskonzeptes, in der Vorplanung zum Ausbau der Straße Tinsdaler Weg Verbesserungen für die Radverkehrsführung vorzusehen.

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss, im Tinsdaler Weg beidseitig sichere Radverkehrsanlagen (Radwege, Schutz-/Fahrstreifen) anzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	13	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

7 Präsentation geplantes Wohngebiet Marschquartier Blöcktwiete

Herr Willms präsentiert das geplante Bauvorhaben und stellt die Unterschiede der zwei möglichen Varianten heraus. Es sollen Gebäude mit hohem energetischen Standard und mit zwei Vollgeschossen (Doppel- und Reihenhäuser) und einem Vollgeschoss (Einzelhäuser) entstehen, keine zusätzlichen „Nicht-Vollgeschosse“. Das Verkehrskonzept sieht eine Erschließungsstraße mit Wendehammer vor.

Der Vorsitzende bittet nun um Rückfragen der Planungsausschussmitglieder. Im Anschluss an die Sitzung wird die Präsentation verschickt, in der nächsten Sitzung wird es dann die Rückmeldungen aus den Fraktionen geben.

Auf Rückfrage der SPD-Fraktion ergänzt Herr Rehder, dass im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens noch ein Teil der Fläche von Grün- in Bauland umgewidmet werden muss. Herr Wuttke fragt, warum nicht auch ein Teil der Einfamilienhäuser (Flächen H und I) 2geschossig geplant wird, da durch das abfallende Gelände der Blick nicht verstellt werden würde. Herr Rehder erwidert, dass durch die größeren Grundstücke auch ein größerer Grundriss möglich sei und somit eine eingeschossige Bauweise ermöglicht wird.

Die SPD-Fraktion sieht die Klientel für diese vermutlich hochpreisigen Immobilien und regt an, ob es möglich sei, mit dem Projekt Ansgariusweg eine zentrale Wärmeanlage zu bauen. Herr Rehder erläutert, dass für das Projekt Ansgariusweg ein Blockheizkraftwerk angedacht



sei, für das Marschquartier sind Überlegungen hinsichtlich der Versorgung mit Erdwärme und Wärme-Luft interessanter.

Die FDP-Fraktion zeigt sich erfreut über die Kleinteiligkeit an dieser sensiblen Ecke im Quartier, es sei eine gelungene Planung. Wenn ein Teil des Bebauungsplans 67 realisiert werde, stelle sich die Frage, warum dies auf einem Grundstück der Firma Rehder und nicht auf städtischem Grund passiere. Herr Rehder erklärt, dass zur Begradigung des Grundstückes und der Vermeidung von Geländespitzen eine Verabredung mit der Stadt geben und einvernehmlich eine Lösung gefunden wird, um einen guten Übergang zu schaffen.

Frau Nagel bittet um Informationen zu dem Umgang mit der Blöcktwiete, deren Zustand verbesserungswürdig sei. Zudem sei bereits heute der Begegnungsverkehr auf Grund der geringen Straßenbreite schwierig und das zusätzliche Verkehrsaufkommen wird über den Angariusweg abgewickelt werden müssen.

Herr Rehder ist optimistisch, dass die Begebenheiten bezüglich der Blöcktwiete im Bebauungsplanverfahren mit der Stadt geklärt werden. Das zusätzliche Verkehrsaufkommen wird durch das Verhältnis von 21 neuen Wohneinheiten zu 400 Bestehenden marginal sein.

Die Fraktion Die Linke weist darauf hin, dass 99 % der Wedeler es sich nicht werden leisten können, in dieser wunderschönen Gegend zu wohnen. Es müsse mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen merkt an, dass -so gut sich das Vorhaben dort in die Umgebung einfüge - die Planung eine enorme Flächenversiegelung durch Straßen, Stellplätze und Gebäude bedeutet. Herr Rehder zeigt auf, dass zwar derzeit eine geringe Bebauung existiert, aber vorher eine große Versiegelung durch die ursprüngliche Gärtnerei vorhanden gewesen sei. Die neue Bebauung bliebe dahinter zurück.

**8 Bebauungsplan Nr. 76 „Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand“,
Teilbereich 2 zwischen Schulauer Straße und Gorch-Fock-
Platz; hier: Vorstellung der Entwurfsplanung zur Rad-
/Fußwegeverbindung durch das Ingenieurbüro**

Herr Zebedies stellt die Vorplanung mit Trassenwahl und den einzelnen Abschnitten anhand einer Präsentation vor. Die Kostenschätzung liegt bei 3.430.000 Euro, basiert jedoch auf den Preisen von 2018 und wird daher deutlich steigen.

Auf Frage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erläutert er, dass derzeit für die Konstruktion der Brücke noch keine Festlegung getroffen wurde.

Die WSI-Fraktion möchte wissen, ob die Einrichtung von Querungsinseln an der Schulauer Straße mit der Feuerwehr abgestimmt wurde. Herr Zebedies bestätigt, dass die Gesamtsituation geprüft wurde.

Der Seniorenbeirat weist darauf hin, dass der Fußweg in ausreichender Breite geplant werden müsse, da insbesondere im Bereich des Altenheims auch mit Elektrorollstühlen zu rechnen sei.

Herr Zebedies erwidert, dass an einigen Stellen im Begegnungsfall eventuell ausgewichen werden müsse. Auch für die Breite von Radwegen werde vermutlich noch dieses Jahr eine neue Empfehlung herausgegeben. Es sei machbar, den Weg breiter herzustellen, allerdings müssten dann auch die höheren Kosten und der größere Eingriff in die Natur in den Blick genommen werden.

Die FDP-Fraktion zeigt sich erfreut, dass ob der Dauer des Projektes nun eine konkrete Planung vorliegt, wie die Umsetzung aussehen könnte. Auch wenn es Gegenstimmen auf Grund der hohen Kosten geben wird, könne mit diesem Projekt viel erreicht werden. Durch die Anbindung an die Schulstraße müsse zügig eine Lösung für die Querung der Mühlenstraße am Caudryplatz gefunden werden.



9 Haushaltskonsolidierung - Sport trifft Kultur

Neues Zentrum für Sport und Kultur an der Rudolf-Breitscheid-Straße (und Prüfung weiterer geeigneter Standorte)

BV/2022/035

Die CDU-Fraktion wird die Vertagung der Vorlage beantragen. Bezüglich der Haushaltskonsolidierung sei vereinbart worden, dass zuerst in der Lenkungsgruppe festgesetzt werden soll, welche Punkte weiterverfolgt werden und anschließend die Beratung in den Ausschüssen erfolgt.

Frau Drewes als Vorsitzende der betreffenden Gremien verweist darauf, dass der Haupt- und Finanzausschuss und die Lenkungsgruppe die Punkte im Sommer zu einem Gesamtpaket zusammenstellen sollen. Für die Beratung sei es jedoch hilfreich, wenn Beratungspunkte mit Zahlen hinterlegt werden könnten. Die WSI-Fraktion habe daher die hier gewünschte Machbarkeitsstudie zur Herbeiführung einer Entscheidungsgrundlage und nicht als Entscheidung verstanden.

Die FDP-Fraktion äußert ihre Bedenken gegen die Vorlage, da sie eine Präferenz der Verwaltung für den Standort in der Rudolf-Breitscheid-Straße aufweist, dabei käme auch der Schulauer Marktplatz in Betracht. Vorteile anderer Standorte blieben in der Vorlage unberücksichtigt.

Der Seniorenbeirat verweist auf seinen Antrag zur letzten Beratung bezüglich Haushaltskonsolidierung im Rat, dass Teile des Grundstücks für Wohnprojekte in kommunaler Hand verbleiben sollten. Der Rat hatte beschlossen, diese Anregung in seine weiteren Überlegungen mit einzubeziehen.

Frau Sinz erklärt, dass die Vorlage lediglich einer ersten groben Berechnung dienen soll, welche Flächen für welche Räume benötigt werden würden und ob dies mit einer Sporthalle kombinierbar sei. Dabei sei noch keine Festlegung auf einen Standort erfolgt, andere Standorte würden auch betrachtet. Für die notwendige Prüfung in Form einer Machbarkeitsstudie werden jedoch Mittel benötigt, die über den zum Sommer geplanten Nachtragshaushalt bereitgestellt werden müssten.

Der Jugendbeirat bittet zu bedenken, dass auch außerhalb der Schulzeiten die Sporthallen genutzt und dafür auch Parkplätze benötigt werden.

Frau Sinz erläutert, dass hier bisher ein öffentlicher, kostenfreier Parkplatz genutzt wird, die Notwendigkeit für Parkraum wird ebenfalls in die Prüfung einbezogen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet die Verwaltung um Prüfung, ob das bisher von Volks- und Musikschule genutzte Gebäude noch als Notküche und Notquartier im Katastrophenplan berücksichtigt ist.

Herr Burmester lässt über den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

3 Ja / 5 Nein / 4 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	3	5	4
CDU-Fraktion	3	0	0
SPD-Fraktion	0	3	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	2
FDP-Fraktion	0	2	0
WSI-Fraktion	0	0	1
Fraktion Die Linke	0	0	1

Anschließend stelle Herr Burmester den Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Planungsausschuss stimmt der Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für ein neues Zentrum für Sport und Kultur an der Rudolf-Breitscheid-Straße grundsätzlich zu. Die Prüfung alternativer Standorte für ein neues Zentrum ist Bestandteil der Machbarkeitsstudie.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	8	3	1
CDU-Fraktion	0	2	1
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	1	1	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

**10 Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer /
Änderung von vertraglichen Bauverpflichtungen**

BV/2022/025

Für die SPD-Fraktion ist der einzig strittige Punkt der Vorlage die Aufstockung der Gebäude. In der Fraktion wird nach intensiver Diskussion der Erhöhung mehrheitlich zugestimmt. Auch wenn es keine Nachbesserungsklausel gibt und somit kein Mehrertrag aus dem Grundstücksverkauf entstehe, würde die Aufstockung immerhin mehr Gewerbefläche bedeuten. Die CDU-Fraktion wird der Vorlage zustimmen, ist jedoch sicher, dass im Zuge der Beratung der Vorlage im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat das Thema der Erhöhung des Kaufpreises angesprochen werden wird.

Die FDP-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag ebenfalls folgen. Die Gründe für die Umpflanzung erscheinen überzeugend und die Aufstockung ergebe lediglich 8 % mehr Fläche. Zudem wird die Anpassung der Fassade des Nachbargebäudes sehr begrüßt.

Der Vorsitzende bittet die Bauherrinvertreterin um Auskunft ob der Weiterbau erfolgt, trotz der angespannten Lage im Bausektor. Diese erinnert an die Vertragsverpflichtung zum Baufortschritt der Elbcubes analog zum Fortschritt des Busniessparks.

Die Fraktion Die Linke würde der Fassadenumgestaltung zustimmen, der geplanten Aufstockung jedoch nicht ohne Gegenleistung. Daher wird sie sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschlussempfehlung für den Rat:

1.

Der Rat beschließt eine Änderung der Bauverpflichtung gemäß seines Beschlusses vom 02.06.2016 zum Verkauf eines 10.000 m² großen Grundstücks zur Realisierung des Projektes „Elbcube5“ (BV/2016/041). Statt der vorgesehenen Glasfassaden sollen die noch zu erstellenden Gebäude 2 bis 5 eine Lochfassade erhalten (siehe Anlagen 2 und 3).

2.

Der Rat beschließt eine Änderung der Bauverpflichtung gemäß seines Beschlusses vom 02.06.2016 zum Verkauf eines 10.000 m² großen Grundstücks zur Realisierung des Projektes „Elbcube5“ (BV/2016/041). Die zwei bisher viergeschossig geplanten Gebäude sollen um ein Geschoss erhöht werden.

3.

Der Rat beschließt eine Änderung der Bauverpflichtung gemäß seines Beschlusses vom 17.06.2021 zum Verkauf eines 7.000 m² großen Grundstücks zur Realisierung eines Erweiterungsbaus zum Projekt „Elbcube5“ (BV/2021/036). Das Gebäude soll eine veränderte Lochfassade erhalten (siehe Anlage 4 und 5).

Abstimmungsergebnis:

10 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	3
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	2
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	0	0	1

11 Einvernehmen nach dem BauGB

hier: Rövkampweg 7, Temporäre Erweiterung einer Zwischenlagerfläche

BV/2022/038

Herr Burmester verliert den Beschlussvorschlag.

Die SPD-Fraktion stellt die grundsätzliche Zustimmung in Aussicht, sofern die in der Beschlussvorlage beschriebene öffentlich-rechtliche Sicherung der Rückbauverpflichtung erfolgt.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 35 und 36 Abs. 1 BauGB für die temporäre Erweiterung der Zwischenlagerfläche im Rövkampweg 7 in Wedel zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	13	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

Im Anschluss an die Abstimmung unterbricht der Vorsitzende auf Grund der Uhrzeit von 22:07 Uhr die Sitzung und bedankt sich bei den Anwesenden. Die Sitzung wird gemäß Ladung am 10.05.2022 fortgesetzt.

10.05.2022

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, eröffnet die Sitzungsfortsetzung vom 03.05.2022 und verpflichtet per Handschlag die bürgerlichen Mitglieder gemäß § 46 Abs. 6 der Gemeindeordnung (Herr Koch, Frau Bergstein).

Anschließend wird der Tagesordnungspunkt 12 aufgerufen.

12 Antrag von Olaf Wuttke; hier: Arbeitsgruppe Wedel Nord

ANT/2022/009

Herr Wuttke bringt seinen Antrag ein. Als fraktionsloses Ratsmitglied besteht das Recht, als Mitglied ohne Stimmrecht in einem Ausschuss mitzuwirken. Dies begründet sich auf dem umfassenden Informationsrecht eines Ratsmitgliedes. Daher müsste es folgerichtig auch zulässig sein, in einer - und ausdrücklich nur einer - Arbeitsgruppe des betreffenden Ausschusses mitzuwirken. Zumal in einer anderen Arbeitsgruppe auch die Beiräte bereits vertreten sind.

Herr Burmester eröffnet die Aussprache. Da die CDU-Fraktion in dieser Angelegenheit keine einheitliche Haltung hat, wird jedes Mitglied sich persönlich äußern.

Herr Burmester macht deutlich, dass er den Sachverstand und die Erfahrung der AG-Teilnehmer als wichtiger empfindet als die Fraktionszugehörigkeit. Wichtig sei ihm jedoch, dass es sich um eine Einzelfallentscheidung handle, da die starke Begrenzung auf ein Mitglied pro Fraktion grundsätzlich sinnvoll sei.

Die Fraktion Die Linke bringt einen Änderungsantrag ein. Da in den Arbeitsgruppen Absprachen getroffen würden und diese den Ruf hätten, Beschlussgremien zu sein, sollte der Teilnehmerkreis der Arbeitsgruppen um Rats- und Beiratsmitglieder erweitert werden können.

Frau Jacobs-Emeis erinnert daran, dass die einmalige Teilnahme von zwei Mitgliedern der SPD-Fraktion an einer Arbeitsgruppensitzung bei den anderen Fraktionen starken Unmut hervorgerufen habe.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen befürchtet, dass dann zu viele Menschen an den AGs teilnehmen und ein politisches Ungleichgewicht entsteht.

Herr Burmester weist darauf hin, dass bei zunehmender Personenzahl die Arbeitsfähigkeit erwiesenermaßen schlechter werde. Eine Arbeitsgruppe sei ausdrücklich kein Beschlussgremium, alle Beratungsergebnisse würden in öffentlicher Sitzung vorgestellt, besprochen und beschlossen. Die bisherigen Erfahrungen der Beratungen in kleiner Runde seien sehr positiv.

Herr Eichhorn weist die Anmerkung der Fraktion Die Linke ebenfalls zurück. Eine Arbeitsgruppe sei kein kommunales Organ und es fänden dort keine Abstimmungen statt, sondern vielmehr eine gute Vorarbeit für die Beratungen und Beschlüsse des Planungsausschusses. Daher sollte keine Öffnung für Ratsmitglieder erfolgen, da sonst gerade die intensive Beratung mit kleiner Personenzahl nicht möglich sei. Bezüglich des vorliegenden Antrages wird die SPD-Fraktion nicht zustimmen. Die Ablehnung liege nicht in der Person begründet, sondern beruhe auf den grundsätzlichen Überlegungen zu einem möglichst kleinen Teilnehmerkreis und einem möglichen Übergewicht einer politischen Partei, da Herr Wuttke noch Parteimitglied von Bündnis 90 / Die Grünen sei.

Der Umweltbeirat bittet zu überlegen, ob es nicht grundsätzlich möglich sei, dass jeder Beirat auf Wunsch ein Mitglied in die verschiedenen AGs entsenden könne.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass es um fraktionsübergreifende politische Besprechungen geht. Die Beiräte wären im Anschluss bei den Beratungen im Planungsausschuss beteiligt.

Herr Sue merkt an, dass der Planungsausschuss zwar für einen möglichst kleinen Teilnehmerkreis plädiere, er persönlich aber anderer Meinung sei. Da aus seiner Sicht deutlich mehr als ein einzelner zusätzlicher Teilnehmer ermöglicht werden sollten, wird er sich, sofern sein Änderungsantrag angelehnt werden sollte, zu dem Antrag von Herrn Wuttke enthalten.

Der Seniorenbeirat dankt für die nun ermöglichte regelmäßige Teilnahme des Beirates an der AG Mobilität. Es wäre wünschenswert, die Vertreter*innen der Beiräte zu allen wichtigen Arbeitsgruppen zumindest als Zuhörer*innen einzuladen.

Herr Keller bittet darum zu berücksichtigen, dass bei einer Erweiterung des Teilnehmerkreises auch eine zukünftige Reduzierung ermöglicht werden muss.

Herr Eichhorn kann den Wunsch des Seniorenbeirates nachvollziehen. Allerdings habe sich in der Vergangenheit sehr bewährt, dass ohne Zuhörer*innen auch vertrauensvollere Gespräche zwischen den verschiedenen Vertreter*innen der Fraktionen möglich waren.

Für Herrn Dutsch hat sich die bisherige Zusammensetzung der Arbeitsgruppen bewährt. Als Ratsmitglied müsse bei dem Austritt aus einer Fraktion die Konsequenz bekannt gewesen sein.

Die FDP-Fraktion wird auf Grund der hohen Fachlichkeit des Antragstellers dem Antrag zustimmen.

Herr Wuttke erinnert daran, dass in der letzten Planungsausschusssitzung um einen Antrag für die Veränderung der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe gebeten wurde. In diesem Zusammenhang bittet der zu prüfen, ob die Teilnahme der Beiräte an der AG Mobilität denn vom Planungsausschuss beschlossen wurde. Andernfalls hätten Ratsmitglieder womöglich geringere Rechte als Beiratsmitglieder.

Herr Burmester lässt zunächst über den weitestgehenden Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen.

Antrag: Der Teilnehmerkreis der AG Wedel-Nord kann um Ratsmitglieder oder Beiratsmitglieder erweitert werden, sofern diese ihren Wunsch nach Mitarbeit in diesem Gremium gegenüber dem Ausschussvorsitzenden erklären.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

1 Ja / 10 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	1	10	2
CDU-Fraktion	0	4	0
SPD-Fraktion	0	2	1
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	2	0
FDP-Fraktion	0	2	0
WSI-Fraktion	0	0	1
Fraktion Die Linke	1	0	0

Nun stellt der Vorsitzende den Antrag von Herrn Keller zur Abstimmung.

Antrag: Der Teilnehmerkreis der AG Wedel-Nord kann um fraktionslose Ratsmitglieder erweitert und auch wieder reduziert werden, sofern diese

1. durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Stadtpräsidenten dem Planungsausschuss gemäß § 46 (2) GO-SH als beratendes Mitglied angehören
2. und die ihren Wunsch nach Mitarbeit in diesem Gremium gegenüber dem Ausschussvorsitzenden erklären.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

4 Ja / 4 Nein / 5 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	4	4	5
CDU-Fraktion	1	0	3
SPD-Fraktion	2	1	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	2	0
FDP-Fraktion	0	0	2
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

Nun wird der ursprüngliche Antrag von Herrn Wuttke zur Abstimmung gestellt.

Im Anschluss an die Abstimmung wird vereinzelt diskutiert, ob eine Anwesenheit als Zuhörer*innen einzelnen Vertreter*innen der Beiräte ermöglicht werden sollte. Frau Sinz weist darauf hin, dass dies vereinzelt bei komplexen Themen sinnvoll sei, dann jedoch allen Beiräten ermöglicht werden sollte. Herr Burmester schließt den Tagesordnungspunkt mit einem Hinweis auf einen notwendigen Antrag in einer der nächsten Sitzungen.

Beschluss:

Der Teilnehmerkreis der AG Wedel-Nord kann um fraktionslose Ratsmitglieder erweitert werden, sofern diese

1. durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Stadtpräsidenten dem Planungsausschuss gemäß § 46 (2) GO-SH als beratendes Mitglied angehören
2. und die ihren Wunsch nach Mitarbeit in diesem Gremium gegenüber dem Ausschussvorsitzenden erklären.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

4 Ja / 7 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	4	7	2
CDU-Fraktion	2	1	1
SPD-Fraktion	0	3	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	2	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion Die Linke	0	0	1

13 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

13.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet, dass die Baustelleneinrichtung für den 1. Bauabschnitt der Ostpromenade erfolgt ist und kommende Woche die Bauarbeiten beginnen.

14 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

14.1 Bericht der Verwaltung

Herr Grass erinnert an das Schreiben des Mobilitätsmanagers zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange für den Entwurf des Regionalen Nahverkehrsplanes an die Fraktionsvorsitzenden. Anmerkungen sollten bis zum 20.5. an die Verwaltung gemeldet werden, zur nächsten Sitzung wird dann eine Beschlussvorlage im Planungsausschuss vorliegen. Diese wird so aufgebaut, dass möglichst alle Fraktionen zustimmen können. Gegebenenfalls könnte bei einzelnen Punkten eine Mehrheitsentscheidung getroffen werden.

14.2 Anfragen der Politik

14.2.1 Anfrage von Olaf Wuttke; hier: Bodenversiegelung

ANF/2022/007

Herr Wuttke bringt seine Anfrage ein und zeigt sich verwundert, dass keine schriftliche Antwort vorliegt. Frau Sinz weist darauf hin, dass der Druck der Planungsausschussunterlagen bereits am 19.04. erfolgt ist. Die mündliche Antwort wird jedoch im Protokoll nachzulesen sein.

Frau Warsitz beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Welche rechtlichen Möglichkeiten existieren bereits heute, um bei Baugrundstücken einen möglichst großen Flächenanteil als Versickerungsflächen zu erhalten bzw. wiederherzustellen, und zwar ...

(a) ... bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen?

(b) ... bei der Erteilung von Baugenehmigungen?

Antwort:

Den rechtlichen Rahmen, um das Verhältnis von bebauter zu unbebauter Fläche zu regeln, gibt die BauNVO vor. In § 17 BauNVO sind in Bezug auf die verschiedenen Baugebiete die Obergrenzen für das Maß der baulichen Nutzung geregelt. Diese Obergrenzen bilden den möglichen Rahmen bei der Aufstellung von Bebauungsplänen.

Die Grundflächenzahl 1 (GRZ 1) beschreibt das Verhältnis des Baukörpers einschl. Terrasse zur Grundstücksgröße. Mit der BauNVO 1990 wurde in § 19 Abs. 4 die Grundflächenzahl 2 (GRZ 2) eingeführt. Die GRZ 2 erfasst alle versiegelten Flächen, die nicht in der GRZ 1 erfasst werden und darf im Regelfall 50 % der GRZ 1 betragen.

Bei der Ermittlung dieser Werte ist es unerheblich, wie durchlässig eine versiegelte Fläche hergestellt wurde. Es geht aus bauplanungsrechtlicher Sicht bei dieser Berechnung nicht um die Regenwasserableitung, sondern den Eingriff in den Naturhaushalt zu erfassen, der mit einer Baumaßnahme einhergeht. Die Durchlässigkeit einer versiegelten Fläche liegt im Interesse und in der Zuständigkeit der Stadtentwässerung bei der Bemessung der Regenwasserspende.

a) Im Zuge der Bebauungsplanaufstellung wird bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen eine Freiflächenplanung gefertigt. Diese beinhaltet auch das Konzept zur Oberflächenflächenversickerung. Als TÖB wird die Stadtentwässerung im Verfahren beteiligt.

b) Im Baugenehmigungsverfahren ist regelmäßig der Nachweis der GRZ 1 und GRZ 2 geführt. Bei Übereinstimmung mit den vorgegebenen Werten hat der Antragsteller diesbezüglich einen Anspruch auf Genehmigung.

zur „Wiederherstellung“:

Bei Zuwiderhandlungen gegen einen Bescheid wird gegen den Betroffenen ein Ordnungsverfahren (Beseitigungsanordnung) erlassen.

2. Ist eine nachträgliche Versiegelung von Grundstücksteilen genehmigungs- oder anzeigepflichtig?

Antwort:

Ja, es ist verfahrenspflichtig, also entweder anzeige- oder genehmigungspflichtig.

3. Schöpft die Verwaltung in Wedel die bestehenden Möglichkeiten zur Untersagung einer exzessiven Versiegelung bereits in größtmöglichem Umfang aus?

Antwort:

Ja, die Möglichkeiten werden ausgeschöpft.

4. Gehört die Empfehlung zum Erhalt möglichst großer Versickerungsflächen zum Standardrepertoire bei Beratungsgesprächen mit Bauantragstellern? Und falls ja: Wie schätzt die Verwaltung den Erfolg ihrer Bemühungen ein?

Antwort:

Der Begriff Empfehlung ist hier nichtzutreffend. Bei den Beratungen erhält der Bauherr



konkrete Angaben zum maximal zulässigen Maß der baulichen Nutzung, sofern ein Bebauungsplan vorhanden ist. Wenn ein Bebauungsplan nicht vorhanden ist, dann wird dem Bauherrn der Rahmen benannt, innerhalb dessen er sich mit seiner Planung einfügen muss.

Die fünfte Frage wird von Herrn Grass beantwortet:

5. Gibt es die rechtliche Möglichkeit, durch Beschluss einer entsprechenden „Entsiegelungssatzung“ den Anteil von nicht versickerungsfähigen Flächen für das gesamte Stadtgebiet einzudämmen?

Antwort:

Bisher sind dazu keine Beispielfälle bekannt. Die Oberflächenentwässerung ist Aufgabe der Stadtentwässerung und es gibt gute Erfolge der Zusammenarbeit mit der Bauaufsicht und der Stadtplanung. Beispielhaft können hier das Altstadtquartier mit seiner offenen Regenwasserversickerung oder das Bauvorhaben Wertgrund am Galgenberg genannt werden.

14.2.2 Sonstige Anfragen

Herr Koschnitzke fragt nach dem Stand der Planungen auf dem Möller-Gelände, welche Vorstellungen die Verwaltung dort hat und worin der Dissens mit dem Investor besteht. Frau Sinz berichtet, dass die Verwaltung von der doch recht negativen Berichterstattung ebenfalls überrascht wurde. Nach einer längeren Ruhephase gab es vor ca. 1 ½ Jahren einen neuen intensiven Austausch. Die vorgelegte Planung war in großen Teilen sehr gut, aber es gab Probleme beim Verkehr und bei der Dichte. Die Verwaltung hat alle Hinweise zusammen mit einem Gesprächsangebot an den Investor gegeben, seitdem wurde kein neuer Kontakt gesucht.

Herr Grass ergänzt, dass es ein wenig enttäuschend sei, dass auf die sehr ausführliche und positiv begleitende Stellungnahme der Verwaltung nun lediglich die Reaktion bezüglich der Nistkästen in der Presse gebe.

14.3 Sonstiges

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte um 18:50 Uhr aus.

Öffentlicher Teil

19 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit um 19:09 Uhr wieder her. Im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Vorsitz:

gez. Burmester

Kay Burmester

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

